



An die bayerische Presse

**BAYERISCHER
LANDKREISTAG**

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Pressemitteilung
13.12.2005

Kürzung im Öffentlichen Personennahverkehr trifft ländliche Räume

Theo Zellner gegen geplante Kürzung der Regionalisierungsmittel

Der Bayerische Landkreistag warnt vor einer Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr. Präsident Theo Zellner: „Öffentliche Mittel für den Personennahverkehr sind weder Luxusausgaben noch Subventionen. Sie dienen wichtigen öffentlichen Interessen wie vor allem dem Umweltschutz und der Entlastung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr. Der Öffentliche Personennahverkehr stellt eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge dar, die im verfassungsrechtlichen Sozialstaatsprinzip begründet ist.“

Weitere Kürzungen der Regionalisierungsmittel um 3,1 Mrd. € bis zum Jahr 2009 sind für den Landkreistagspräsidenten nicht mehr zumutbar. Diese Halbierung der Regionalisierungsmittel habe verheerende Auswirkungen auf die Qualität des Bus- und Bahnverkehrs. Die Netzstrukturen der Verkehrsbetriebe in den ländlichen Gebieten würden ausgedünnt. Zellner: „Der ländliche Raum droht auf Grund relativ niedrigen Fahrgastaufkommens vom städtischen Bereich abgekoppelt zu werden.“

Zellner prognostiziert in Folge der Mittelkürzung zudem höhere Fahrpreise, die gerade die Berufspendler, die ohnehin schon durch die geplante Kürzung der Entfernungspauschale steuerlich belastet würden, treffen werde: „Ich befürchte, dass sich beide geplanten Maßnahmen auf diejenigen Arbeitnehmer am härtesten auswirken, die mangels Beschäftigung am Wohnort auf die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind.“

Der Landkreistagspräsident erinnert auch daran, dass sich der Bund mit der Übertragung der aus den Regionalisierungsmitteln zu finanzierenden Aufgaben

auf die Länder zu einer verlässlichen und dauerhaften Finanzierung verpflichtet hätte: „Streichet der Bund einen Großteil seiner Beteiligung, so wird auch die gemeinsame Geschäftsgrundlage mit den Ländern in Frage gestellt.“

Schließlich weist Zellner darauf hin, dass den Öffentlichen Personennahverkehr bereits mehrere Einsparungsmaßnahmen getroffen hätten:

- Im Jahr 2004 wurden die Regionalisierungsmittel des Bundes bereits außerplanmäßig um 2 % gekürzt, obwohl dies in den Bund-Länder-Vereinbarungen und in dem Regionalisierungsgesetz nicht vorgesehen war,
- durch die „Koch-Steinbrück-Aktion“ wurde der Öffentliche Personennahverkehr bundesweit mit 200 Mio. € zur Kasse gebeten und
- die Zuschussmittel des Freistaates Bayern wurden in den letzten Jahren um mehr als 30 % gekürzt.

Die Presseinformationen des Bayerischen Landkreistags gibt es auch im Internet:

<http://www.bay-landkreistag.de>